



Die Arbeiterklasse muß ihre geschichtliche Aufgabe erkennen und im Vertrauen auf die eigene Kraft den Kampf für eine klassenlose Gesellschaft aufnehmen

DIE REVOLUTIONÄRE STIMME

Zeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten
2. Jg. Nr. 4/5 NEUE EINHEIT 16. 3. 72 50 Pf.

Über die Reise Nixons in die VR China und die internationale Lage

Mit der Reise des amerikanischen Präsidenten Nixon in die VR China, der damit einer Einladung der chinesischen Regierung folgte, kam es zu einem Zusammentreffen zwischen den führenden Vertretern einer imperialistischen Supermacht und eines sozialistischen Landes. Hat sich deswegen aber die Politik eines dieser beiden Länder grundlegend gewandelt? Keineswegs! Weder ist der US-Imperialismus von seiner imperialistischen Politik abgegangen und betreibt plötzlich eine Friedenspolitik, noch ist die VR China von ihrer sozialistischen Politik abgegangen und macht nun eine Großmachtpolitik.

Die VR China verfolgt eine konsequente sozialistische Politik

Die bürgerlichen Zeitungen wollen den Eindruck erwecken, daß die VR China jetzt in die Reihe der imperialistischen Großmächte eingetreten sei, zu Kompromissen mit diesen bereit sei und wie diese über die Köpfe anderer Völker und Staaten hinweg mit den Imperialisten einen Schacher um die kleinen Länder betreiben würde. Sie wollen weismachen, daß es auf die Dauer keine sozialistische Politik geben kann und daß auch ein sozialistisches Land, wenn es sich erst mal zu einer gewissen Größe entwickelt hat, sich letztenendes immer über kleine Länder hinwegsetzen wird.

Gibt die jetzige Politik der VR China aber Grund zu solchen Behauptungen? Nicht im geringsten! Die VR China verfolgt eine konsequent sozialistische Außenpolitik. Darum heißt es auch im gemeinsamen Kommuniqué zwischen den USA und der VR China unmißverständlich:

"Die chinesische Seite erklärte: Wo immer Unterdrückung herrscht, dort gibt es Widerstand. Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution, das ist die unaufhaltsame Strömung der Geschichte geworden. Alle Länder, ob groß oder klein, müssen gleichberechtigt sein;

INHALT

Über die Reise Nixons in die VR China und die internationale Lage	S.1
Gemeinsames Kommuniqué zwischen den Vereinigten Staaten und der VR China	S.6
Über die BVG-Kampagne der 'KPD'	S.8
Unerhörte Zustände in der Schule S.10	
Feiger Mord an einem revolutionären französischen Arbeiter	S.11
Die Machenschaften der IG-Druck sind eine Herausforderung für die Arbeiter der Druckindustrie	S.14

große Länder dürfen nicht die kleinen und starke nicht die schwachen tyrannisieren. China will niemals eine Supermacht sein, und es bekämpft Hegemonie und Machtpolitik jeder Art. Die chinesische Seite brachte zum Ausdruck, daß sie alle unterdrückten Völker und Nationen in ihrem Kampf um Freiheit und Befreiung entschlossen unterstützt und daß die Völker aller Länder das Recht haben, ihre Gesellschaftsordnungen nach ihren eigenen Wünschen zu wählen, sowie das Recht, die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität des eigenen Landes zu verteidigen und Aggression, Einmischung, Kontrolle und Subversion von außen her zu bekämpfen. Alle ausländischen Truppen sollten in ihre eigenen Länder zurückgezogen werden."

Die chinesische Regierung wird sich niemals in die Angelegenheiten anderer Länder einmischen. Sie bekräftigte gegenüber Nixon, daß sie entschieden bis zum Ende den nationalen Befreiungskampf der drei Völker Indochinas unterstützen werde; sie erklärte auch zu anderen Fragen, die dritte Länder betreffen, z.B. zur Wiedervereinigung Koreas, zum japanischen Imperialismus, zu Indien und Pakistan ihren unverrückbaren Standpunkt.

Wie anders ist doch diese Politik gegenüber der amerikanischen, gegenüber jeder imperialistischen Politik, die das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker mißachtet und die von ihrem Wesen her auf die Unterwerfung anderer Länder abzielt. Nixons Worte von "Frieden" und "Freiheit" sind eben nichts als verlogene Phrasen. Überall auf der Welt, wo der US-Imperialismus seine Finger im Spiel hat, zeigt sich sein aggressives Wesen. Er denkt gar nicht daran, die Rechte anderer Länder zu respektieren, wie Nixon scheinheilig verspricht. So verschärfte Nixon noch kurz vor seinem Besuch in der VR China den Luftkrieg gegen Nordvietnam, um nur ein Beispiel zu nennen.

Kann dies aber ein Grund sein, daß die VR China jeden Kontakt mit den USA von vornherein ablehnt? Keineswegs! Mao Tse-tung hat festgestellt:

"DIE ANGELEGENHEITEN DIESER WELT ERFORDERN KONSULTATIONEN. DIE INNEREN ANGELEGENHEITEN EINES LANDES MÜSSEN VON SEINEM EIGENEN VOLK GEREGLT WERDEN, INTERNATIONALE ANGELEGENHEITEN MÜSSEN VON ALLEN BETREFFENDEN DURCH KONSULTATIONEN GEREGLT WERDEN, SIE DÜRFEN NICHT VON DEN ZWEI GROSSMÄCHTEN ENTSCHIEDEN WERDEN."

Warum sollte die chinesische Regierung nicht mit der amerikanischen über beide Staaten betreffende Probleme, z.B. über die Frage des amerikanischen Truppenrückzugs aus Taiwan, verhandeln? Warum sollte kein Meinungs-austausch über internationale politische Fragen stattfinden, bei dem jede Seite klar ihren Standpunkt darlegt und bei dem möglicherweise strittige Fragen geklärt werden können? Warum sollten keine Gespräche geführt werden, die einer Annäherung zwischen dem chinesischen und dem amerikanischen Volk dienen? Das chinesische Volk weiß sehr wohl, daß ein solches Zusammentreffen von Nutzen für die Welt sein kann, es würde jedoch niemals in Erwägung ziehen, daß der US-Imperialismus deswegen seinen bösartigen Charakter ändert.

Im gemeinsamen Kommuniqué wurde festgestellt:

"In ihrer Gesellschaftsordnung und Außenpolitik weisen China und die Vereinigten Staaten wesentliche Unterschiede auf. Aber die zwei Seiten stimmten darin überein, daß sich Länder, ohne Rücksicht auf ihre Gesellschaftsordnung, in ihren Beziehungen nach den Prinzipien der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität aller Staaten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens sowie der friedlichen Koexistenz verhalten sollen. Internationale Streitigkeiten sollten auf dieser Grundlage geregelt werden, ohne sich der Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung zu bedienen. Die Vereinigten Staaten und die Volksrepublik China sind bereit, diese Prinzipien auf ihre gegenseitigen Beziehungen anzuwenden."

Das chinesische und das amerikanische Volk und alle anderen Völker werden darüber wachen, wer in Zukunft nach diesen Worten handelt und wer nicht!



Ministerpräsident Tschou En-lai und Präsident Nixon bei einer Unterredung

Die Globaltaktik des US-Imperialismus

Die US-Imperialisten haben vor der Gründung der VR China die konterrevolutionäre Tschiangkaischek-Clique und deren Marionettentruppen gegen die Volksbefreiungsarmee und die Kommunistische Partei Chinas, die sich auf die breitesten Massen stützen konnten, mit Geld und Waffen unterstützt. Nachdem das chinesische Volk dieses faschistische Banditenpack von sich abgeschüttelt hatte und die Tschiang-Truppen sich auf die Insel Taiwan verkrochen hatten, wurden diese Feinde des chinesischen Volkes dort von den amerikanischen Imperialisten als militärischer Brückenkopf ihrer Bedrohungspolitik gegen China wiederhochgepäppelt. Lange Zeit wurde die reaktionäre Tschiang-Clique vom US-Imperialismus als Chinas einzige rechtmäßige Regierung bezeichnet. Als die VR China aber immer breitere Anerkennung in der ganzen Welt fand, ließ sich diese absurde These nicht länger aufrechterhalten und mußte der nicht weniger absurden These von "zwei Chinas", von "ein China, ein Taiwan" Platz machen. Es ist bekannt, daß der US-Imperialismus damit November letzten Jahres in der UNO kläglich Schiffbruch erlitt, als über 2/3 der UNO-Mitglieder anerkannten, daß die VR China die einzige rechtmäßige Regierung Chinas ist und daß Taiwan einen unabtrennbaren Teil des chinesischen Territoriums bildet.

Seine wahnwitzige Weltherrschaftspolitik hat den US-Imperialismus zum schlimmsten Feind der Menschheit gemacht. Ihr Bankrott tritt jedoch immer deutlicher zutage. Wie ist denn das Kräfteverhältnis auf der heutigen Welt? Die Völker, die vom US-Imperialismus jahrzehntelang niedergehalten und ausgepresst wurden, erheben sich mit immer größerer Wucht gegen ihn zum Kampf. Welle um Welle brandet der revolutionäre Volkskrieg gegen den US-Imperialismus, und die Volksmassen erringen dabei einen großartigen Sieg nach dem andern. "DIE HAUPTTENDENZ IN DER HEUTIGEN WELT IST REVOLUTION" (Mao Tsetung).

Der Kampf der revolutionären Völker und der Kampf des amerikanischen Volkes haben den US-Imperialismus in seinen Grundfesten erschüttert. Er ist heute bis zum äußersten isoliert und steckt in seiner bei weitem schwersten Krise seit dem 2. Weltkrieg.

In dieser Situation sieht sich der US-Imperialismus gezwungen, zeitweise in seiner Kriegstreiberei gegen die VR China zurückzustecken. "Der USA-Imperialismus ist durch den Bankrott seiner Außen- und Innenpolitik so stark angeschlagen, daß Nixon zu dem Besuch in China bereit wurde. Gleichzeitig glaubt er, neue Wege für seine Ränke gegen die VR China zu finden und den Bankrott seiner Politik noch in einen Erfolg ummünzen zu können. Er glaubt offensichtlich, aus dem angekündigten Besuch Nixons in China überall politisch Kapital schlagen zu können." (aus "Die Wachsamkeit gegenüber Imperialisten und Sozialimperialisten erhöhen!" in "Revolutionäre Stimme" Nr. 7/8/9/71)

Noch bis vor kurzem hat er zusammen mit der anderen Supermacht, dem sowjetrevisionistischen Sozialimperialismus, versucht, einen militärischen Ring um China aufzubauen, und hat aktiv einen bewaffneten Überfall auf China mitvorbereitet. Angesichts seiner im In- und Ausland immer stärker erschütterten Stellung wurde dem US-Imperialismus jedoch zunehmend bange, daß ihm die Sozialimperialisten den Rang als imperialistische Weltmacht Nummer Eins ablaufen könnten.

Im Leitartikel der drei bekanntesten chinesischen Zeitungen "Renmin Ribao", "Hongqi" und "Jiefangjun Bao" zum Neujahr 1972 mit dem Titel "Schließen wir uns zusammen, um noch größere Siege zu erringen!" heißt es hierzu:

"Der sowjetrevisionistische Sozialimperialismus tritt nun in die Fußstapfen des USA-Imperialismus und streckt unter allerlei schwindlerischen Aushängeschildern seine Taten überallhin aus."

Angesichts dieser Lage hegt der US-Imperialismus immer mehr die Befürchtung, daß sich seine Situation bei dem wahnwitzigen Versuch eines gemeinsamen Überfalls mit dem Sozialimperialismus gegen die VR China noch weiter verschlechtern könne, während die Sozialimperialisten vorrücken könnten. Es gewinnt jetzt mehr und mehr den Anschein, daß seine Furcht vor dem Sozialimperialismus bei der Konkurrenz um die Weltherrschaft sich augenblicklich als größer erweist als seine Furcht vor dem Sozialismus und er deswegen seine Taktik ändert. Auf Nixons Ersuchen hin hat die chinesische Regierung ihn nach China eingeladen. Damit wurden die USA vorerst ein Stückchen aus dem militärischen Komplott der beiden Supermächte gegen China herausgebrochen und der gegenwärtige Hauptkriegstreiber, die Sowjetrevisionistenclique, ziemlich isoliert.

"Diese Politik knüpft an die Politik der Sowjetunion unter der Führung von Stalin an, die mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt ebenfalls die Umklammerung durchbrach. Damals hofften die USA auf einen Krieg von Nazideutschland gegen die Sowjetunion, um selbst davon profitieren zu können. Die Sowjetunion gewann eine Pause bis zum deutschen Angriff 1941 und vermied, daß die Sowjetunion allein allen Imperialisten gegenüberstand. Stattdessen fielen die Imperialisten nun zunächst übereinander her. Diese Politik trug entscheidend zur Niederschlagung der faschistischen Barbarei bei." (Revolutionäre Stimme 1/71)

Heute sind nicht mehr die deutschen Nazifaschisten, sondern die sowjetrevisionistischen Sozialfaschisten die Kettenhunde gegen den Sozialismus. Beide wurden ursprünglich in ihrer Rolle als Kettenhunde gegen den Sozialismus vom US-Imperialismus unterstützt, aber beide haben sich dabei so kräftig entwickelt, daß der US-Imperialismus sie schließlich selbst am meisten fürchten mußte (siehe Anmerkung). Gegen die Nazifaschisten mußte er sich schließlich wohl oder übel mit seinem ursprünglichen Hauptfeind, der sozialistischen Sowjetunion unter



Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas, Mao Tse-tung und Präsident Nixon bei ihrem gemeinsamen Gespräch

Stalin verbünden. Wegen der immer gefährlicheren Rivalität des Sozialimperialismus ist er heute zeitweilig daran interessiert, engere Beziehungen mit China anzuknüpfen. Dabei mag er sich vielleicht noch in dem eitlen Wahn wiegen, daß, wenn die Sozialimperialisten in ihrer panischen Angst, daß ihr Riesenschwindel vom "Sozialismus" sowjetrevisionistischer Prägung auffliegen könnte, allein einen Krieg gegen China vom Zaune brechen, daß dann am Ende beide Gegner zertrümmert daliegen und er, der US-Imperialismus, ohne sich selbst im Krieg geschwächt zu haben, die Welt im Namen von "Frieden" und "Freiheit" noch weitere 50 Jahre unter seiner alleinigen Vorherrschaft versklaven kann.

Haben die Imperialisten heute jedoch noch berechtigten Grund, auf eine solche Entwicklung zu hoffen? Nein! In ihren Fieberphantasien lassen sie außer Acht, daß die sozialistischen Länder, das internationale Proletariat und die Völker der Welt zu immer größerer Stärke heranwachsen, daß sie ihre Pläne im revolutionären Kampf durchkreuzen wer-

Anmerkung:

Nazifaschismus und sowjetrevisionistischer Sozialfaschismus

Es ist bekannt, daß die US-Imperialisten die deutschen Nazifaschisten mit riesigen Geldern aufgepäppelt haben, mit der Absicht, sie gegen die sozialistische Sowjetunion unter Stalin in den Krieg zu schicken. Sie sollten die Schmutzarbeit leisten, deren Früchte die US-Imperialisten ernten wollten.

Wie steht es mit dem sowjetrevisionistischen Sozialfaschismus? Der konterrevolutionäre Umsturz in der Sowjetunion nach Stalins Tod und die schrittweise Umwandlung des Sozialismus in Kapitalismus, Imperialismus und Faschismus wurde vom US-Imperialismus nicht nur freudig begrüßt, sondern mit größter Sicherheit auch mit allen Kräften, mit Geldern, Unterwanderung, Agententätigkeit usw. unterstützt. Auf der Grundlage einer barbarischen Unterjochung der Volksmassen und einer nimmermüden Hetzpropaganda schüren die sozialfaschistischen neuen Zaren einen Aggressionskrieg gegen die VR China, worin sie vom US-Imperialismus unbedingt unterstützt werden.

den und sehr schnell in eine Handvoll Staub verwandeln können. Mao Tse-tung kennzeichnete diese Entwicklung mit den Worten:

"DER FEIND VERFAULT MIT JEDEM TAG MEHR, WÄHREND ES UNS TÄGLICH BESSER GEHT!"

Die Sowjetrevisionisten geifern und fluchen gegen die Politik der VR China

Vor und während des Nixon-Besuchs spuckte die sowjetische Revisionistenclique wie noch nie Gift und Galle gegen die VR China. Sie bezichtigte die VR China, ein imperialistisches Komplott mit den USA auszuhecken, aber traute sich selbst kaum Nachrichten über den Nixon-Besuch zu veröffentlichen, um ihre Lügen nicht allzu offensichtlich werden zu lassen und wurde schließlich aufgrund der chinesischen Politik immer kleinlauter. Um ihre Verleumdungen gegen China glaubhaft zu machen, mußte sie weitere unverschämte Lügen in die Welt setzen. So behauptete sie z.B., die VR China würde die amerikanischen Bombenangriffe auf Nordvietnam jetzt dulden und stillschweigend darüber hinweggehen. Tatsache ist aber, daß die chinesische Regierung kurz vor dem Nixon-Besuch mehrfach in offiziellen Erklärungen die Aggressionen des US-Imperialismus gegen Nordvietnam aufs schärfste verurteilte.

Es ist kein Wunder, daß die Sowjetrevisionisten ihre Hetzkampagne gegen das sozialistische China immer weiter schüren müssen. Momentan sehen sie sich um das gemeinsame Kriegskomplott mit den USA gegen China betrogen, wodurch sie noch änger in Bedrängnis geraten. Allein die Existenz eines sozialistischen Landes wie der VR China bildet nämlich eine riesige Gefahr für die Herrschaft der Breschnew & Co., die ständig darum zittern müssen, daß das Sowjetvolk die Wahrheit über China erfährt und daß ihr ganzer "sozialistischer" Schwindel dann mit einem Male hochgeht. Sie sitzen wie auf einem Vulkan, der täglich zum Ausbruch kommen kann, wenn das Sowjetvolk an seine revolutionären Traditionen anknüpft, das sozialimperialistische Verbrecherpack zur Verantwortung zieht und erneut eine wirklich sozialistische Gesellschaftsordnung errichtet.

Deshalb klammern sie sich an die wahnsinnige Idee, ihrem eigenen Untergang durch einen Aggressionskrieg gegen die VR China zuvorzukommen. Es ist allerdings nicht

schwer, sich auszudenken, was sie bei einem Überfall auf China erwartet. Denn die VR China rechnet mit der Möglichkeit eines heimtückischen Überfalls der Sozialimperialisten und trifft ihre Vorbereitungen dagegen. Mao Tsetung gab dazu die Weisung:

"WIR GREIFEN NICHT AN, WENN WIR NICHT ANGEGRIFFEN WERDEN; WER UNS ANGREIFT, HAT ABER UNBEDINGT MIT UNSEREM GEGENANGRIFF ZU RECHNEN."

Das große chinesische Volk wird einen Haufen sozialimperialistischer Aggressionstruppen in einem Meer von Volkskrieg ertränken und keine Spur von ihnen übriglassen. Es wird im Falle solch eines gerechten Verteidigungskrieges auch die Sympathien und die Unterstützung des großen Sowjetvolkes für sich gewinnen können. Damit würde auch in der Sowjetunion die Revolution wieder auf der Tagesordnung stehen.

Welche Perspektive eröffnet sich also für die Zukunft des Sozialimperialismus? So oder so eröffnet sich nur die Perspektive seines totalen Untergangs und mit jeder neuen Schandtat beschleunigt er ihn nur noch. Sein Geifern und Fluchen gegen den wirklichen Sozialismus können an diesem Schicksal nicht ein bißchen ändern.

Was ist nun das wichtigste Ergebnis der Reise Nixons in die VR China?

Es hat sich bestätigt, daß sich die Weltlage unaufhörlich zuungunsten der imperialistischen Supermächte entwickelt, während sich der Kampf des internationalen Proletariats, der revolutionäre Befreiungskampf der unterdrückten Völker und der sozialistische Aufbau stürmisch und kraftvoll entwickeln. Der revolutionäre Volkskrieg in den unterdrückten Ländern hat dem großspürigen US-Imperialismus derartig zugesetzt, daß er gezwungen war, einen Teil seiner aggressiven Pläne, insbesondere gegen die VR China, zeitweilig auf Eis zu legen. Damit wird das Kesseltreiben der beiden Supermächte gegen die VR China insgesamt geschwächt. Zugleich verschärfen sich die Widersprüche zwischen den beiden Supermächten, die miteinander um die Weltherrschaft ringen.

In der jetzigen Situation zeigt sich auch die grundlegende Richtigkeit der Analyse des sowjetrevisionistischen Sozialimperialismus, wie sie Mao Tsetung bereits 1964 gegeben hat:

"DIE SOWJETUNION VON HEUTE STEHT UNTER DER DIKTATUR DER BOURGEOISIE, DER DIKTATUR DER GROSSBOURGEOISIE, DER DIKTATUR VON DER ART DES DEUTSCHEN FASCHISMUS, DER DIKTATUR VON DER ART HITLERS."

Mao Tsetung erkannte, daß der sowjetrevisionistische Sozialimperialismus sich von seinem Wesen her an die Spitze aller reaktionären Bestrebungen gegen den Sozialismus und gegen die revolutionäre Bewegung zu setzen sucht, daß er sich unter sozialistischen Phrasen zur imperialistischen Weltmacht, zum schlimmsten, skrupellosesten Kriegstreiber in der Art des Hitlerfaschismus und des US-Faschismus entwickelt. Die Tatsachen zeigen, daß

der Sozialimperialismus den US-Imperialismus momentan im Kesseltreiben gegen die VR China überflügelt hat.

Auf der Einschätzung über das Wesen des sowjetrevisionistischen Sozialimperialismus und die Entwicklung der internationalen Widersprüche fußend, wurde es für die VR China möglich, die Widersprüche zwischen den beiden imperialistischen Supermächten auszunutzen, Nixon nach China einzuladen und den sowjetrevisionistischen Sozialimperialismus, der immer mehr zum Hauptkriegstreiber gegen China geworden ist, vorerst zu isolieren. Die Gefahr eines Überfalls auf die VR China wurde durch diese Politik vorübergehend gebannt.

Mao Tsetung erklärte am 20. Mai 1970:

"DIE GEFAHR EINES NEUEN WELTKRIEGES BLEIBT IMMER NOCH BESTEHEN, UND DIE VÖLKER ALLER LÄNDER MÜSSEN DAGEGEN VORBEREITUNGEN TREFFEN. ABER DIE HAUPTTENDENZ IN DER HEUTIGEN WELT IST REVOLUTION!"

Der westdeutsche Imperialismus und die politische Entwicklung in Asien

Die westdeutschen Imperialisten wollen vorläufig der politischen Entwicklung in Asien selbst nur zuschauen. Sie wollen davon profitieren, daß die Machtstellung des US-Imperialismus in Asien militärisch und politisch ziemlich angeschlagen ist und daß der sowjetrevisionistische Sozialimperialismus in seinen hektischen Kriegsvorbereitungen gegen China fast alle seine Kräfte in Asien konzentriert. Diese Lage, in der die beiden Supermächte ein "friedliches" Europa ohne Kriege und Revolutionen als Rückgrat brauchen, will der westdeutsche Imperialismus dazu nutzen, sich von ihnen Zugeständnisse hinsichtlich seiner "Ostpolitik", der EWG, der DDR usw. zu erschleichen, von dem Wahn besessen, einmal ganz Europa unter seiner Vorherrschaft zu vereinigen und selbst zu einer neuen Supermacht aufzusteigen. Die jetzige scheinbar "friedliche" Entwicklung in Europa und die Friedensmaske des westdeutschen Imperialismus hängen also direkt mit dem militärischen Engagement der beiden Supermächte in Asien zusammen und sind nur die Kehrseite der Kriege in Asien und der Kriegshetze gegen China.

Was ist aber das Wesen dieser sogenannten "Entspannungspolitik", wie sie von der Brandt-Regierung betrieben wird und wie sie jetzt zeitweilig auch von Nixon propagiert wird? Das Wesen ist, daß die Imperialisten gegenwärtig auf "friedlichem" Wege andere Länder unterwandern und von sich abhängig machen wollen bzw. im Namen des "Friedens" miteinander Absprachen treffen, die ihre Machtsphären sichern sollen und heimtückische Komplote gegenüber dritten Ländern darstellen.

Gemeinsames Kommuniqué zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China

Am 27. Februar kamen die chinesische und die US-Seite in Schanghai zur Übereinstimmung über ein gemeinsames Kommuniqué. Nachstehend der Wortlaut des Kommuniqués:

Gemeinsames Kommuniqué

Auf Einladung des Ministerpräsidenten der Volksrepublik China, Tschou En-lai, stattete der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Richard Nixon, vom 21. bis 28. Februar 1972 der Volksrepublik China einen Besuch ab. In Begleitung des Präsidenten waren Mrs. Nixon, US-Staatssekretär William Rogers, Dr. Henry Kissinger, Assistent des Präsidenten, und andere amerikanische Beamte.

Präsident Nixon kam am 21. Februar mit dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas Mao Tsetung zusammen. Die zwei führenden Persönlichkeiten hatten einen ernsthaften und freimütigen Meinungsaustausch über chinesisch-amerikanische Beziehungen und internationale Angelegenheiten.

Während des Besuchs fanden zwischen Präsident Nixon und Ministerpräsident Tschou En-lai umfassende, ernsthafte und freimütige Diskussionen über die Normalisierung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Volksrepublik China sowie über andere beide Seiten interessierende Probleme statt. Außerdem hielten Staatssekretär William Rogers und Außenminister Dji Peng-fe im gleichen Geiste Unterredungen ab.

Präsident Nixon und seine Begleitung besuchten Peking und besichtigten kulturelle, industrielle und landwirtschaftliche Einrichtungen, sie besuchten auch Hangschou und Schanghai, wo sie mit chinesischen führenden Persönlichkeiten weitere Diskussionen hatten und ähnliche Einrichtungen besichtigten.

Die führenden Persönlichkeiten der Volksrepublik China und der Vereinigten Staaten von Amerika fanden es nutzbringend, diese Gelegenheit zu haben, nach so vielen Jahren ohne Kontakt einander freimütig ihre Ansichten über verschiedene Fragen darzulegen. Sie hielten Rückblick auf die internationale Lage, in der wichtige Veränderungen und große Umwälzungen vor sich gehen, und legten jeweils ihren Standpunkt und ihre Einstellung dar.

Die chinesische Seite erklärte: Wo immer Unterdrückung herrscht, dort gibt es Widerstand. Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution, das ist die unaufhaltsame Strömung der Geschichte geworden. Alle Länder, ob

groß oder klein, müssen gleichberechtigt sein; große Länder dürfen nicht die kleinen und starke nicht die schwachen tyrannisieren. China will niemals eine Supermacht sein, und es bekämpft Hegemonie und Machtpolitik jeder Art. Die chinesische Seite brachte zum Ausdruck, daß sie alle unterdrückten Völker und Nationen in ihrem Kampf um Freiheit und Befreiung entschlossen unterstützt und daß die Völker aller Länder das Recht haben, ihre Gesellschaftsordnungen nach ihren eigenen Wünschen zu wählen, sowie das Recht, die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität des eigenen Landes zu verteidigen und Aggression, Einmischung, Kontrolle und Subversion von außen her zu bekämpfen. Alle ausländischen Truppen sollten in ihre eigenen Länder zurückgezogen werden. Die chinesische Seite drückte ihre entschlossene Unterstützung aus für die Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha in deren Streben nach Erreichung ihres Ziels, ihre entschiedene Unterstützung für den Sieben-Punkte-Vorschlag der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietsnam und die Erläuterung vom Februar dieses Jahres über die zwei Schlüsselprobleme in diesem Vorschlag sowie für die Gemeinsame Erklärung der Gipfelkonferenz der Völker Indochinas. Sie unterstützt entschieden das von der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea am 12. April 1971 unterbreitete Acht-Punkte-Programm für die friedliche Vereinigung Koreas und deren Eintreten für die Abschaffung der „UNO-Kommission für die Einigung und Rehabilitation Koreas“. Sie bekämpft entschieden die Wiederbelebung des japanischen Militarismus und dessen Expansion nach außen hin und unterstützt entschieden das Verlangen des japanischen Volkes nach dem Aufbau eines unabhängigen, demokratischen, friedlichen und neutralen Japan. Sie tritt entschieden dafür ein, daß Indien und Pakistan entsprechend den UNO-Resolutionen über die Indien-Pakistan-Frage unverzüglich alle ihre Truppen auf das jeweilige Territorium und auf ihre eigene Seite der Feuernstellungslinie in Jammu und Kaschmir zurückziehen müssen, sie unterstützt entschlossen die Regierung und das Volk Pakistans in deren Kampf zur Wahrung der Unabhängigkeit und Souveränität und die Bevölkerung in Jammu und Kaschmir in ihrem Kampf um das Selbstbestimmungsrecht.

Die US-Seite erklärte: Frieden in Asien und in der übrigen Welt erfordert Bemühungen um die Minderung der gegenwärtigen Spannungen wie auch um Beseitigung der Grundursachen von Konflikten. Die Vereinigten Staaten werden auf einen gerechten und gesicherten Frieden hinarbeiten; gerecht, weil er das Ver-

langen der Völker und Länder nach Freiheit und Fortschritt erfüllt; gesichert, weil er die Gefahr der Aggression von außen her beseitigt. Die Vereinigten Staaten unterstützen die individuelle Freiheit und den sozialen Fortschritt aller Völker der Welt, frei von Druck oder Intervention von außen her. Die Vereinigten Staaten glauben, daß die Bemühungen um die Minderung von Spannungen dadurch gefördert werden, die Verbindungen zwischen Ländern unterschiedlicher Ideologien zu verbessern, so daß die Gefahren einer Konfrontation infolge von Zufällen, Fehlschlüssen oder Mißverständnissen vermindert werden. Die Länder sollten einander mit gegenseitiger Achtung behandeln und zu friedlichem Wettbewerb gewillt sein, wobei den Leistungen das letzte Urteil überlassen bleiben sollte. Kein Land darf Anspruch auf Unfehlbarkeit erheben, und jedes Land sollte bereit sein, sein eigenes Verhalten im Interesse des Gemeinwohls erneut zu überprüfen. Die Vereinigten Staaten betonten nachdrücklich: Es sollte den Völkern Indochinas erlaubt sein, ihr eigenes Schicksal ohne Intervention von außen her zu bestimmen; das ständige Hauptziel der Vereinigten Staaten ist eine Lösung durch Verhandlungen gewesen; der am 27. Januar 1972 von der Republik Vietnam und den Vereinigten Staaten unterbreitete Acht-Punkte-Vorschlag bietet eine Basis zur Erreichung dieses Ziels; in Ermangelung einer durch Verhandlungen herbeigeführten Regelung beabsichtigen die Vereinigten Staaten, in Übereinstimmung mit dem Ziel der Selbstbestimmung für jedes Land Indochinas alle US-Truppen aus diesem Gebiet endgültig abzuziehen. Die Vereinigten Staaten werden ihre engen Verbindungen mit der Republik Korea aufrechterhalten und sie weiterhin unterstützen; die Vereinigten Staaten werden die Bemühungen der Republik Korea um Minderung der Spannungen und Vermehrung der Verbindungen auf der koreanischen Halbinsel unterstützen. Die Vereinigten Staaten legen höchsten Wert auf ihre freundschaftlichen Beziehungen mit Japan; sie werden die bestehenden engen Bande weiterentwickeln. In Einklang mit der Resolution des UNO-Sicherheitsrates vom 21. Dezember 1971 sind die Vereinigten Staaten für die Fortsetzung der Feuereinstellung zwischen Indien und Pakistan und für den Abzug aller militärischen Kräfte auf das eigene Territorium und auf die eigene Seite der Feuereinstellungslinie in Jammu und Kaschmir; die Vereinigten Staaten unterstützen das Recht der Völker Südasiens, ihre eigene Zukunft in Frieden zu gestalten, frei von militärischer Bedrohung, ohne ihr Gebiet Objekt von Großmachtrivalität werden zu lassen.

In ihrer Gesellschaftsordnung und Außenpolitik weisen China und die Vereinigten Staaten wesentliche Unterschiede auf. **Aber** die zwei Seiten stimmten darin überein, daß sich Länder, ohne Rücksicht auf ihre Gesellschaftsordnung in ihren Beziehungen nach den Prinzipien der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität aller Staaten, des Nichtangriffs gegen andere Staaten, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, der Gleichberechtigung und

des gegenseitigen Nutzens sowie der friedlichen Koexistenz verhalten sollen. Internationale Streitigkeiten sollten auf dieser Grundlage geregelt werden, ohne sich der Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung zu bedienen. Die Vereinigten Staaten und die Volksrepublik China sind bereit, diese Prinzipien auf ihre gegenseitigen Beziehungen anzuwenden.

In Anbetracht dieser Prinzipien internationaler Beziehungen erklärten die zwei Seiten:

— Fortschritte in Richtung einer Normalisierung der Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten liegen im Interesse aller Länder;

— beide wünschen, die Gefahr internationalen militärischen Konflikts zu vermindern;

— keine der zwei Seiten sollte Hegemonie im asiatisch-pazifischen Raum anstreben, und jede der beiden ist gegen Bestrebungen seitens irgendeines anderen Landes oder irgendeiner Gruppe von Ländern, eine solche Hegemonie herzustellen;

— keine der zwei Seiten ist bereit, im Namen irgendeiner dritten Seite Verhandlungen zu führen oder mit der Gegenseite Vereinbarungen oder Verständigung zu erreichen, die gegen andere Staaten gerichtet sind.

Beide Seiten sind der Ansicht, daß es den Interessen der Völker der Welt zuwiderlaufen würde, wenn irgendeine Großmacht im heimlichen Einverständnis mit einer anderen gegen andere Länder aufträte, oder wenn Großmächte die Welt in Interessensphären aufteilten.

Die zwei Seiten warfen einen Rückblick auf die lange bestehenden ernstesten Streitigkeiten zwischen China und den Vereinigten Staaten. Die chinesische Seite bekräftigte von neuem ihren Standpunkt: Die Taiwan-Frage ist die Schlüsselfrage, die der Normalisierung der Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten im Wege steht; die Regierung der Volksrepublik China ist die einzig legitime Regierung Chinas; Taiwan ist eine Provinz Chinas, die bereits vor langem dem Vaterland zurückgegeben worden ist; die Befreiung Taiwans ist Chinas innere Angelegenheit, in die sich einzumischen kein anderes Land das Recht hat, und alle US-Streitkräfte und -Militäreinrichtungen müssen aus Taiwan abgezogen werden. Die chinesische Regierung bekämpft entschieden jegliche Aktivitäten, die darauf abzielen, „ein China, ein Taiwan“, „ein China, zwei Regierungen“, „zwei China“, ein „unabhängiges Taiwan“ zu schaffen, oder dafür eintreten, daß „der Status von Taiwan noch zu bestimmen ist“.

Die US-Seite erklärte: Die Vereinigten Staaten kommen zu der Erkenntnis, daß alle Chinesen auf beiden Seiten der Taiwan-Straße den Standpunkt vertreten, daß es nur ein China gibt und Taiwan ein Teil Chinas ist. Die Regierung der **Vereinigten** Staaten erhebt keine Einwände gegen diesen **Standpunkt**. Sie versichert nochmals ihr Interesse an einer friedlichen Regelung der Taiwan-Frage durch die Chinesen selbst. Mit Rücksicht auf diese Aussicht bestätigt sie ihr Endziel des Abzugs aller US-Streitkräfte und -Militär-

(Fortsetzung auf S. 13)

Über die BVG-Kampagne der 'KPD'

Zum 1. März wurden die Fahrpreise bei der BVG drastisch erhöht. Große Teile der westberliner Bevölkerung empörten sich über diese neue unverschämte Preiserhöhung. Insbesondere unter den Jugendlichen war die Bereitschaft vorhanden, durch Protestaktionen die Fahrpreiserhöhung zu verhindern. Viele von ihnen stellten spontan die Forderung nach dem 'Nulltarif' auf und demonstrierten dies auf mehreren Protestmärschen.

Der Senat hatte zu Recht gefürchtet, daß die Fahrpreiserhöhungen einen größeren Massenprotest auslösen könnten. In Westdeutschland hat die Bourgeoisie aus demselben Anlaß schon mehrfach die Wut der Massen zu spüren bekommen. Deshalb hatte sie eine panische Angst davor, daß die Fahrpreiserhöhungen in Westberlin ein Anzeichen der fortschrittlichen Bewegung unter den Massen, insbesondere unter der Jugend hervorrufen könnten.

Nach dem Bekanntwerden der BVG-Fahrpreiserhöhungen vor etwa einem halben Jahr begannen mehrere politische Organisationen eine Kampagne dagegen zu führen.

Warum hat sich unsere Partei nicht an dieser 'BVG-Kampagne' beteiligt? Die sogenannte 'KPD' hatte uns im September eine verwaschene "Politische Plattform für den Kampf gegen die Preiserhöhungen in Westberlin bei BVG, Bewag, Gasag" zugesandt und uns zur Mitarbeit aufgefordert. Zu dieser Plattform stellten wir in unserer Antwort u. a. folgende Fragen:

"1) Seid Ihr der Meinung, daß man von der Westberliner SPD-Führung und dem Senat sagen kann, sie seien nicht 'gewillt', die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten und daß sie westdeutschen Monopolen 'Handlangerdienste zu leisten bereit sind'? Seid Ihr nicht vielmehr der Meinung, daß es sich bei SPD-Führung und Senat um eine unmittelbare Agentur der Imperialisten handelt, für die gar nicht zur Diskussion steht, ob sie etwa den Wünschen der Monopole gewillt sind oder nicht. Sie stehen von vornherein im unversöhnlichen Widerspruch zu den Volksmassen und diesen Grundsatz gilt es herauszustellen." Zweitens kritisierten wir die direkte Verknüpfung des Kampfes gegen Preistreiberei mit dem Kampf für höhere Löhne, was von der Hauptsache, dem Kampf um höhere Löhne in der Metalltarifrunde ablenken könnte und der Propaganda der Bourgeoisie, die einen Lohnstop mit sog. Preisstop vorbereitet, Vorschub leisten könnte. Unsere Aufforderung an die 'KPD', zu dieser Kritik Stellung zu nehmen, blieb unbeantwortet.

Unsere Politik konzentrierte sich in der folgenden Zeit hauptsächlich auf die Metalltarifrunde und den Kampf in den Betrieben. An der BVG-Kampagne, die in diesem Fall nachstehen mußte, beteiligten wir uns nicht, um unsere Kräfte nicht zu zersplittern, weil wir mit unserem organisatorischen Apparat nicht beides gleichzeitig hätten bewältigen können.

Wir halten es jedoch für notwendig, die schmutzige Rolle der 'KPD' in dieser Kam-

pagne anzuprangern, zu zeigen, wie sie als Sabotage- und Trupp des Senats innerhalb der linken Bewegung versucht hat, die Protestbewegung gegen die Fahrpreiserhöhungen möglichst wirkungslos zu machen.

In ihrem Flugblatt zum Abschluß der BVG-Kampagne versucht die 'KPD' den Eindruck zu erwecken, daß die Arbeiterklasse ihre BVG-Kampagne unterstützt hätte. Sie schreibt: "Die Arbeiterklasse und die Werktätigen solidarisierten sich nicht mit denjenigen, die die Fahrpreiserhöhung mit Gewalt durchsetzen wollten, sondern mit denjenigen, die den Kampf gegen die Erhöhung aufgenommen hatten. Sie stellten sich nicht auf die Seite der Preistreiberei, sondern gegen die Preiserhöhung." Die 'KPD' stellt es gegenüber, daß die Arbeiter nicht für Preistreiberei sind, sondern dagegen. (Vermutlich ist dies ein Ergebnis der Untersuchungstätigkeit der 'KPD' in der Arbeiterklasse.)

Was soll diese unsinnige Gegenüberstellung? Haben sich die Arbeiter etwa schon einmal "auf Seiten der Preistreiberei" gestellt? Haben die Arbeiter auch nur den geringsten Grund, sich mit denjenigen zu "solidarisieren, die die Fahrpreiserhöhung mit Gewalt durchsetzen wollten"? Selbstverständlich sind die Arbeiter gegen jede Preiserhöhung! Deswegen sind sie aber noch lange nicht für die 'KPD', bloß weil sich diese überall unter dem Aushängeschild "Kampf gegen die BVG-Preiserhöhung" den Arbeitern aufgedrängt hat.

Die 'KPD' versucht jedoch genau diesen Eindruck zu erwecken, daß die Arbeiter sie unterstützen, weil es ihnen - wie die 'KPD' schreibt - "deutlich wurde, daß es die Kommunisten sind (gemeint ist wohl die 'KPD'), die entschieden und entschlossen den Kampf gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen führen." Die 'KPD' versucht die Arbeiter zu ihrer Partei dadurch hinzulocken, daß sie sich in ihren Flugblättern und Zeitungen den Anschein gibt, als sei sie eine Partei der Arbeiterklasse, als würden viele Arbeiter bereits mit ihr sympathisieren. Die Arbeiter sollten sich durch solche Großsprecherie nicht beeindrucken lassen und die Politik dieser Organisation genauestens überprüfen. Sie haben völlig recht, wenn sie gerade der 'KPD' gegenüber mißtrauisch sind und sich deswegen auch kaum aktiv an ihrer Kampagne beteiligt haben.

Wie sah denn nun der "entschiedene und entschlossene Kampf" der 'KPD' aus? Zum einen sammelte die 'KPD' laut ihrem Flugblatt 25 000 Unterschriften und verkaufte 23 000 Plaketten, die zum Fahrpreisboykott auffordern. Zum anderen propagierte sie Kampfkomitees, in denen sich jeder organisieren sollte, der für einen aktiven Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen ist. Was unternahm nun die Kampfkomitees der 'KPD' gegen die Fahrpreiserhöhung? Sie schickten vereinzelt Trupps, die sich weigerten zu bezahlen (organisierter Fahrpreisboykott) und die anderen Fahrgäste zur Solidarität aufriefen, in U-Bahn-Waggons und Busse. Schon nach kurzer Zeit

konnten diese Grüppchen von der Polizei auseinandergejagt werden, ohne auch nur den geringsten Erfolg erzielt zu haben. Mit solchen schwachsinnigen Aktionen, die von vornherein zum Scheitern verurteilt sind, hat die 'KPD' den Kampf zersplittert und ihm jede Wirkung geraubt. Sie hat dadurch die Mitglieder der Kampfkomitees - zum Teil ihre eigenen Sympathisanten - geradezu der Polizei in die Arme getrieben, so daß sich jetzt viele von ihnen zu Recht betrogen fühlen. Der Westberliner Bevölkerung sollte durch die Kampfkomitees beispielhaft vorgeführt werden, daß man eben doch nichts gegen die Staatsgewalt machen könne.

Nachdem die 'KPD' monatelang mit großem Aufwand, mit ihren Flugblättern, Unterschriftensammlungen usw. versucht hatte, die BVG-Fahrpreiserhöhung in den Mittelpunkt der Interessen der Westberliner Werktätigen zu rücken, hat sie nach ein paar lächerlichen, aussichtslosen Aktionen in den ersten Märztagen ihre ganze Kampagne sang- und klanglos abgeblasen.

Auch an der BVG-Kampagne wird ersichtlich, wie die 'KPD' systematisch versucht, sich an die Spitze jeder fortschrittlichen Bewegung unter den Massen zu stellen, aber nur, um sie politisch unter ihre Kontrolle zu bringen, um ihr ihre Kampfformen aufzuzwingen, die darauf abzielen, die ganze Bewegung von innen her zu entkräften, zum Mißerfolg zu führen und damit Resignation und Zweifel unter den Volksmassen und unter der linken Bewegung zu verbreiten.

Es ist dann in der Tat suspekt, wenn ausgerechnet die 'KPD' eine großangelegte Unterschriftensammlung durchführt. Die Westberliner Werktätigen haben dieser Unterschriftensammlung keine große Bedeutung beigemessen, weil sie ohnehin wußten, daß dadurch die Preiserhöhungen nicht wirksam bekämpft werden könnten. Wenn die 'KPD' trotzdem solche Methoden propagiert, dann soll das Illusionen und Gutgläubigkeit unter den Massen erwecken, dann soll es ihnen weismachen, man könne auf "demokratischem" Wege in unserer Gesellschaft etwas durchsetzen. Aber nicht nur das! Es würde in die Politik der 'KPD'. wie sie in dem Artikel "Zur Frage des Kampfes gegen den reaktionären Mordterror" in der "NEUE EINHEIT" Sondernummer 1/72

ausführlicher dargelegt ist, haargenau hineinpassen, wenn sie im Auftrage des Senats und der Polizei versucht, alle fortschrittlichen Menschen, die gesamte Westberliner Linke auf ihren Listen zu erfassen. Dafür, daß es so ist, spricht auch, daß alle Werktätigen, die ein Interesse daran zeigen, aktiv in einem Kampfkomitee mitzuarbeiten, dazu aufgefordert wurden, hinter ihrem Namen ein Kreuz zu machen, womit sie auf den Listen gleich besonders gekennzeichnet sind.

In ihrem Flugblatt versucht die 'KPD' unverschämterweise, ihre BVG-Kampagne auch noch insgesamt als einen Erfolg herauszustellen. Sie spricht zwar von einer "kurzfristigen Niederlage", nennt aber als Ergebnis des Kampfes: "Die Abwehrfront gegen die Angriffe, die ständig von der Kapitalistenklasse geführt werden, geht aus ihm nicht geschwächt, sondern gestärkt hervor."

Um dies glaubwürdig zu machen, behauptet die 'KPD' doch frech über die Rote-Punkt-Aktionen in Hannover und Heidelberg vor 3 Jahren: "Dort wurde die Fahrpreiserhöhung verhindert, gleichzeitig aber die Arbeiterklasse geschwächt, weil durch diese Kämpfe neue Illusionen über die Rolle des Staatsapparats in die Reihen der Arbeiterklasse hineingetragen wurden. Der Nulltarif wurde dort propagiert und die Vorstellung, der Staatsapparat könne im Kapitalismus für die Interessen der Arbeiterklasse eingesetzt werden."

Es ist aber eine Tatsache, daß der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen in Hannover und Heidelberg unter Beteiligung großer Teile der werktätigen Bevölkerung zum Erfolg geführt hat, daß in Hannover sogar eine Senkung der Fahrpreise erkämpft wurde. Auch damals war der Nulltarif die spontane Forderung der Massen. Natürlich haben auch damals verschiedene politische Organisationen, insbesondere die D'K'P, versucht, diesen Kampf aufs falsche Gleis zu lenken und Illusionen unter den Massen zu verbreiten, wie es die 'KPD' jetzt in Westberlin tut. Sie konnten aber die Massen nicht aufhalten und deren Sieg nicht verhindern.

Das ist wahrscheinlich der entscheidende Punkt an den damaligen Aktionen, der der 'KPD' mißfällt. Sie muß jetzt schon zu den schlimmsten Verdrehungen greifen, um den damaligen Erfolg als Mißerfolg für die Arbeiter und ihre jämmerliche Kampagne als Erfolg für die Arbeiter ausgeben zu können.

Das schändliche Treiben der sog. 'KPD' haben wir bereits in mehreren Artikeln angeprangert. Wir empfehlen unseren Lesern dazu:

Der Verlauf des 13. August ist sehr wohl von Bedeutung für Westberlin

(aus "Revolutionäre Stimme" 3/71)

Bemerkung der Redaktion der "Revolutionären Stimme"

(aus "Revolutionäre Stimme" 4/71)

Lineare oder prozentuale Lohnerhöhung?

(aus "Revolutionäre Stimme" 6/71)

Die sozialdemokratische Hochschulreform ist ein ungeheurer politischer Betrug

("Kommunistische Hochschulzeitung"/"Demokratische Front" /71)

Zur Frage der "Gewerkschaften als Kapitalisten"

- Zum "ideologischen Kampf" der 'KPD'

(aus "Revolutionäre Stimme" 1/2/72)

Unerhörte Zustände in der Schule

(Ein Beitrag der Kommunistischen Schülerorganisation (NEUE EINHEIT))

Die jüngste Entwicklung an der Rheingau-Schule (Gymnasium) zeigt besonders deutlich, daß auch für die Schüler keine demokratischen Rechte mehr bestehen. Die niederträchtigen Schulverweise vom 18.2.1972 gegen drei Schüler der Rheingau-Schule stellen einen vorläufigen Höhepunkt in der Entwicklung an den Westberliner Schulen dar, die beweist, daß die "demokratischen Rechte" zu einer reinen Phrase im Munde von Lehrern, bürgerlichen Politikern und anderen bürgerlichen Propagandisten verkommen sind. Zwischen dem süßen Gerede der Reaktion von "Demokratie" und "Freiheit" und ihren hinterhältigen Taten, mit denen sie in Wahrheit jede Demokratie mit Füßen tritt, klafft ein tiefer Widerspruch.

Es ist eine Tatsache, daß heute an den Gymnasien kein Fünkchen wirklicher Bildung mehr und kaum noch Fachkenntnisse vermittelt werden, sondern daß den Schülern jede Moral, jedes Denken systematisch aberzogen wird, daß ihnen jede Perspektive genommen wird und sie stattdessen zum Nachplappern, zum An schmieren an die Lehrer, zur Charakterlosigkeit, zur Hirnlosigkeit ausgebildet werden, damit sie später umso willigere und dienstfertigerer Werkzeuge der Kapitalisten werden. Was war nun an der Rheingau-Schule geschehen?

Die drei Schüler, die jetzt von der Schule verwiesen wurden, haben die Verdummung und Verlogenheit des Unterrichts, haben den reaktionären Charakter der Schule anhand des Unterrichts ihren Mitschülern immer wieder aufgezeigt. Die Lehrer wußten sich in ihrer Angst vor den Tatsachen schließlich nicht mehr anders zu helfen, als diese Schüler aus der Schule rauszuschmeißen, und zeigten damit eindeutig, was hinter ihrem "demokratischen" und "diskussionsbereiten" Getue steckt. Mit diesen Maßnahmen können sie aber die anderen Schüler nicht einschüchtern, denen die Unterdrückung und die notwendige Auflehnung dagegen jetzt nur noch klarer geworden ist.

Die Haupttreiber für den Rausschmiß der drei Schüler, Direktor Söllner, Hintze und Beutler bedrohen jetzt noch weitere fortschrittliche Schüler mit dem Rausschmiß und wollen sämtliche Eltern durch Hetzbriefe für ihr reaktionäres Komplott gegen die fortschrittlichen Schüler gewinnen. Zusätzlich zu dem Druck und den Zwangsmethoden der Lehrer an der Schule sollen nun auch noch die Eltern, angeblich "zum Besten" ihrer Kinder, für die Verteidigung des brüchigen, verfaulten Schulsystems in die Bresche springen, ihre Kinder abwiegeln und zum Ducken gegenüber der Ungerechtigkeit und Niedertracht der Reaktion anhalten.

Ein besonders gutes Beispiel für die schweinischen Methoden, die gegenüber den Schülern angewandt werden, ist der faschistische Lehrer Hintze. Er will seine Opfer noch dazu bringen, daß sie ihn reinwaschen. Er bearbeitete einen Schüler

derart, daß er meineidig aussagen sollte, Hintze hätte ihn nicht geschlagen, sondern mit ihm Einkriegen gespielt.

Trotz massiver Drohungen forderten viele Schüler beharrlich eine Vollversammlung, um die gemeine Unterdrückung an der Schule anzuprangern und versammelten sich auf dem Hof, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen. Die reaktionären Lehrer merkten, daß ihre Erpressung und Täuschung nicht mehr wirkten und alarmierten die Polizei, die mit Gewalt die Forderung nach einer Vollversammlung verhindern sollte. Damit bewies die Reaktion den völligen Bankrott ihrer sogenannten "Demokratie", für die sie eine heuchlerische Propaganda macht.

Die Entwicklung hat gezeigt, daß die Reaktionäre sehr empfindlich reagieren, wenn nur einige wenige Schüler die wirklichen Verhältnisse aufdecken und die Tatsachen beim Namen nennen. Die Reaktionäre fürchteten, daß sie bald die Schule zumachen könnten, wenn sie die drei nicht rausschmeißen, daß sich die ganze aufgestaute Wut der Masse der Schüler über dieses System gemeinster Unterdrückung über sie entlädt. Die Reaktion hofft, daß sie mit ihren bürokratischen Maßnahmen "Ruhe und Ordnung" an der Schule wiederherstellen kann, daß sie nun umso unverschämter gegen die Interessen der Schüler vorgehen kann.

Hat sie aber berechtigten Grund auf eine solche Hoffnung? Nein! Die Schüler, für die die ganze Gemeinheit und Niederträchtigkeit der reaktionären Schule immer offenkundiger wird, werden sich zweifellos weiter gegen ihre Unterdrückung auflehnen. Es kommt aber für die Schüler insbesondere noch darauf an, sich davon zu überzeugen, daß einzig und allein ein konsequenter, unversöhnlicher und radikaler Kampf gegen die Reaktionäre an der Schule eine Aussicht auf Erfolg hat. Um einen solchen Kampf führen zu können, müssen sich die Schüler von den Illusionen über ein schönes Leben in unserer Gesellschaft, wie sie ihnen tagtäglich schmackhaft gemacht werden, über Bord werfen. Sie müssen sich auch in Acht nehmen vor einigen karrieristischen Mitschülern, die an solchen Illusionen anknüpfen, sie mit pseudofortschrittlichen Phrasen abwiegeln wollen und den Reaktionären in die Hände arbeiten.

Die Kommunistische Schülerorganisation (NEUE EINHEIT), die bei den Ereignissen an der Rheingau-Schule eine aktive Rolle spielte, hat es sich zur Aufgabe gestellt, jede Empörung der Schüler über ihre entwürdigende Rolle an der Schule und als spätere Werkzeuge der Kapitalisten zu unterstützen, die fortschrittliche Schülerbewegung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus zu verbinden und die Masse der Schüler für den Kommunismus zu gewinnen.

Anmerkung:

Material zu den Vorfällen an der Westberliner Rheingau-Schule sind über unsere Redaktionsadresse zu erhalten.

Feiger Mord an einem revolutionären französischen Arbeiter

Über die revolutionäre Massenbewegung in Frankreich und die konterrevolutionäre Politik der revisionistischen 'K'PF

Vor den Toren der französischen Renault-Werke in Boulogne-Billancourt, einem Vorort von Paris, wurde der junge französische revolutionäre Arbeiter René-Pierre Overney von der Werkpolizei erschossen. Er hatte Flugblätter verteilt, in denen das staatliche Renault-Management, der Verrat der korrupten revisionistischen 'Kommunistischen' Partei Frankreichs und des von ihr beherrschten größten Gewerkschaftsverbandes Frankreichs, der C.G.T., angegriffen werden und zum revolutionären Sturz des Kapitalismus aufgerufen wird. Wegen seiner revolutionären Agitation war er als 'maoistischer' Kommunist bereits vor 1 1/2 Jahren aus den Renault-Werken fristlos entlassen worden.

Aufgrund des kaltblütigen Mordes an Pierre Overney fing die ganze französische Gesellschaft an zu vibrieren. Es fehlte nicht viel, und die Empörung über diesen feigen Mord hätte den ganzen siedenden Haß der Volksmassen gegen ihre Unterdrücker abermals vulkanartig zum Ausbruch gebracht. Die französische Bourgeoisie und ihre Lakaien und Helfer zitterten. Ihr Schreckgespenst war eine neue Mai-Revolte, wie im Jahre 1968. Damals war die Studentenrevolte zum Auslöser von Barrikadenkämpfen und Straßenschlachten und einem praktisch spontanen Generalstreik geworden, der über 10 Millionen Arbeiter erfaßte. Gerade in Frankreich kann es aufgrund seiner großartigen revolutionären Traditionen sehr leicht, scheinbar aus dem Nichts, zu revolutionären Stürmen kommen.

Wie in allen Ländern unter dem Joch des Imperialismus, wird auch in Frankreich die Lage der werktätigen Massen immer unerträglicher, wird die Arbeitshetze weiter ungeheuer gesteigert, herrscht die kleinlichste militärische Disziplin in den Betrieben, ist das ganze Leben, das der Kapitalismus den Massen bietet, verfault und perspektivlos. Wie überall unter dem Imperialismus, brodelte es unter den Volksmassen, gibt es einen Drang der Volksmassen, gegen diese unmenschliche Gesellschaft den Bürgerkrieg zu führen, sie hinwegzufegen und eine bessere, klassenlose Gesellschaft aufzubauen.

Die französische Arbeiterklasse hätte sicher der Bourgeoisie und ihrer faschistischen Polizei für diesen ruchlosen Mord mit Aufruhr und einheitlichen Streiks geantwortet, wenn nicht, wie im Mai 1968, die revisionistische 'K'PF sich auch diesmal schützend vor die Bourgeoisie gestellt hätte. Die üble Rolle dieser ehemaligen, völlig entarteten kommunistischen Partei kann gar nicht genug angeprangert werden. Sie hat eine großangelegte Hetzkampagne gegen den proletarischen Klassenkampf und gegen alle revolutionäre entfacht. Sie hat über die von ihr kontrollierte Gewerkschaft C.G.T., in der fast alle der 40.000 Pariser Renault-Arbeiter organisiert sind,

einen Solidaritätsstreik für den ermordeten Pierre Overney und gegen die faschistische Betriebspolizei von vornherein verhindert. Die C.G.T. hat jeden Widerstand sabotiert, auch als sieben revolutionäre Renault-Arbeiter gefeuert wurden, die nach dem Mord in die Fabrik eingedrungen waren, um die Kollegen über die Schandtät zu informieren und zu Aktionen gegen das Renault-Management aufzurufen, auch als die faschistische Polizei die Zeugen des Mordes verhaftete, die sie bis heute festhält. In unzähligen Hetzartikeln haben die 'K'PF und die C.G.T. die Massendemonstrationen gegen den faschistischen Terror als typische Provokationen, die gegen die Arbeiterklasse gerichtet seien, verleumdet und zum Boykott aufgerufen. Diese pseudokommunistische Partei und diese Pseudo-Gewerkschaft sabotieren also ganz offen den antifaschistischen Kampf.

Die marxistisch-leninistische Bewegung in Frankreich muß vor allem den Einfluß der revisionistischen 'K'PF innerhalb der französischen Arbeiterklasse brechen und bis zur Bedeutungslosigkeit zurückdrängen, um die Massen erfolgreich zur Revolution zu führen. Die 'K'PF ist zur Zeit die zweitgrößte Partei Frankreichs und führt den größten französischen Gewerkschaftsverband, die C.G.T. Sie hat sich früher große Verdienste im Kampf für die proletarische Revolution und im antifaschistischen Kampf erworben. Nach dem 2. Weltkrieg hat sie immer mehr versagt und ist letzten Endes sozialimperialistisch entartet, indem sie z.B. den Freiheitskampf des algerischen Volkes gegen den französischen Imperialismus verraten hat. Heute ist die 'K'PF eine konterrevolutionäre Partei, die sich unverschämterweise immer noch kommunistisch nennt, die ihre ganze Autorität, die sie aufgrund ihrer früheren rühmreichen Politik in der Arbeiterklasse genießt, nur noch dazu einsetzt, die Arbeiterklasse niederzuhalten, sie vom revolutionären Weg abzulenken. Diese restlos degenerierte 'K'PF will die Arbeiter noch für Reformen zur Modernisierung der kapitalistischen Auspressung und zur Stärkung ihrer eigenen Position als Arbeiteraristokratie innerhalb der verfaulten kapitalistischen Gesellschaft einspannen.

Am Tage nach der Ermordung Pierre Overneys durch die Werkpolizei bei Renault gab das Politbüro der 'K'PF eine Erklärung heraus, in der die Arbeiter aufgefordert wurden, von jedem Kampf gegen diesen feigen Mord Abstand zu nehmen, sich auf keinen Fall zu einer zweiten Mai-Revolte oder noch größerem zu erheben. Es heißt dort:

"Arbeiter und Demokraten, die Machthaber wollen die Unruhe! Sie haben sie (die Unruhe) mit Erfolg im Jahre 1968 benutzt, sie wollen heute wieder damit beginnen." (zit. nach 'Le Monde' vom 29.2.72, übersetzt von uns)



Das ist eine unerhörte Verdrehung der Tatsachen. Bei den revolutionären Klassenkämpfen im Mai 1968 sind deswegen für die französische Arbeiterklasse keine wirklich großen Erfolge herausgesprungen, wurde deswegen nicht einmal der Sturz des Gaullismus erreicht, obwohl er auf der Tagesordnung stand, weil die konterrevolutionäre 'K'PF systematisch abgewiegelt hat und den Kampf der Massen zersetzt hat. Die 'K'PF stellt es aber so dar, als sei die Zuspitzung der Klassenkämpfe die Straßenkämpfe, der Generalstreik für die Arbeiterklasse gefährlich und abenteu-erlich, als wollte die Bourgeoisie die Arbeiterklasse damit in eine Falle locken, als würde sich die Arbeiterklasse dadurch von den anderen Volksmassen isolieren und den Kapitalisten Vorwände liefern, ihren Staatsapparat auszubauen, Reformen für die Arbeiter abzuwürgen und der 'K'PF eine Wahlniederlage zu bereiten. Sie will glauben machen, daß die revolutionäre Linke eine von der Bourgeoisie gesteuerte Gefahr für die Arbeiter und die ganze demokratische Bewegung bedeute. Sie will glauben machen, daß die Arbeiterklasse, und nicht die Kapitalisten, den unversöhnlichen Klassenkampf zu fürchten habe, und die Abwiegelei der 'K'PF eine Politik im Interesse der Arbeiterklasse sei. Dabei ist es in Frankreich nicht anders als in der Bundesrepublik und überall in der Welt. Ohne daß die Arbeiterklasse unversöhnlich kämpft, springt für sie nichts heraus, wird sie immer mehr erniedrigt, unterdrückt und ausgebeutet. Wenn die Arbeiterklasse aber im Vertrauen auf die eigene Kraft revolutionär kämpft, dann kann sie die breitesten Volksmassen um sich scharen, den Kapitalismus stürzen, sich selbst und die Menschheit vom Joch der Ausbeutung befreien.

Mit einer beispiellosen Hetzkampagne zielten die 'K'PF und die C.G.T. darauf ab, die spontane Empörung der Massen abzuwürgen. Sie haben eine panische Angst davor, daß die französische Arbeiterklasse sich mit den angegriffenen Revolutionären solidarisiert, sich um ihren revolutionärsten Teil schart. Ohne die Spur eines Beweises bezichtigen sie die Revolutionäre der Zusammenarbeit mit der Regierung und den Kapitalisten. Dabei besitzen sie die

Hunderttausende Arbeiter, Schüler und Studenten ehrten den revolutionären Arbeiter Pierre Overney in einem letzten Geleit durch Paris und prangerten voller Haß die Kapitalisten, die ihn ermordet haben, und ihre Lakaien an. Er starb für das Ideal, daß seine Klasse an der Spitze der Volksmassen den Kapitalismus stürzen muß und eine bessere, sozialistische Gesellschaft aufbaut.

unglaubliche Unverschämtheit, für den Mord an Pierre Overney außer der faschistischen Werkpolizei auch den ermordeten Revolutionär selber zu beschuldigen. So erklärte z.B. der Sprecher der C.G.T. bei Renault:

"Es hat bei Renault niemals ein Klima der Gewalt gegeben (...), dieses künstliche (!) Klima wurde mit allen Mitteln auf der einen Seite durch den staatlichen Unternehmer, auf der anderen Seite durch 'links'-radikale Gruppen mit dem Ziel geschaffen, die Arbeiter bei Renault und des nationalisierten Betriebs für Ziele auszunutzen, die nichts mit ihren Interessen zu tun haben." (zitiert nach 'Le Monde' vom 29. Feb. 72, Übersetzung von uns)

Leider ließ sich die große Masse der französischen Arbeiterklasse diesmal noch von der Demagogie dieses arbeitendaristokratischen Abschaums lähmen. Aber die Sympathien für die neue, junge revolutionäre Bewegung wachsen in der gesamten französischen Arbeiterklasse unverkennbar. Trotz der Verleumdungen, der Hetze und der Boykottaufrufe der 'K'PF und der C.G.T. und trotz des Polizeiterrors fanden in vielen großen Städten Frankreichs wiederholt machtvolle Demonstrationen statt, zu denen sich -zig Tausende, vor allem jugendliche Arbeiter, Studenten und Schüler, versammelten. Den Höhepunkt bildete der riesige Protestzug von 100 000 bis 200 000 oder mehr Demonstranten durch die Arbeiterviertel von Paris, die dem toten revolutionären Arbeiter Pierre Overney das letzte Geleit gaben.

In zornigen Parolen prangerte der revolutionärste Teil der französischen Arbeiterklasse auf diesen Demonstrationen das Komplott der Kapitalisten mit der sogenannten 'K'PF und der C.G.T. gegen die werktätigen Massen an:

"PATRONS FASCISTES, ASSASINS!" -
 "MARCHAIS, MENTEUR, C.G.T. COMPLICE!" -
 ("Faschistische Unternehmer, Mörder!" -
 "Marchais, Lügner, C.G.T. Komplizin!");
 Marchais ist stellvertretender Generalsekretär der 'K'PF, ein berüchtigter revisionistischer Führer, der sich durch seine massenfeindlichen Verleumdungen, sowohl im Mai 1968 wie jetzt, besonders hervorgetan hat und hier stellvertretend für die gesamte Politik der 'K'PF am Pranger steht.)

Die Verbreitung dieser Parolen ist ein grundlegender Fortschritt im proletarischen Klassenkampf in Frankreich, weil sie die Revisionisten, die die Arbeiterklasse lähmen und den Kapitalismus verewigen wollen, als Feinde der Arbeiterklasse in einem Zug mit den Kapitalisten selbst angreifen. Sie wurden auf den Demonstrationen von den revolutionären Massen hunderttausendfach verstärkt gerufen und hallen in der ganzen französischen Arbeiterklasse wider. Diese Parolen können durch das wütende Gezeter der revisionistischen 'K'PF- und C.G.T.-Führer nicht ausgelöscht werden, weil sie die Wahrheit ausdrücken. Sie läuten auf einer neuen Stufe großartige, stürmische revolutionäre Klassenkämpfe in Frankreich ein.

An diesen Parolen schieden sich auch die wirklich konsequenten Revolutionäre, die wirklich konsequenten Marxisten-Leninisten, die in der französischen Presse als 'Maoisten' bezeichnet werden, von den sozialdemokratischen, trotzkistischen und anarchistischen Gruppen. Die wirklichen Revolutionäre prangerten das Komplott von Revisionisten, C.G.T.-Gewerkschaft und faschistischen Un-ternehmern am entschiedensten an. Sie propagierten entschlossen die Parole "Marchais, Lügner - C.G.T., Komplizin!", die von den Massen spontan aufgegriffen wurde.

Die Führer der sozialdemokratischen, trotzkistischen und anarchistischen Gruppen erwiesen sich als Agenten der Reaktion zur Zersetzung der revolutionären Bewegung der Massen. (Z.B. Alain Krivine von der trotzkistischen 'Ligue communiste', Michel Rocard von der sozialdemokratischen P.S.U.) Zum einen schützten ihre Ordner die faschistische Polizei vor den brodelnden Volksmassen und wiegelten sie ab. Zum anderen versuchten sie die Ausbreitung der Parole "Marchais, Lügner - C.G.T., Komplizin!"

(Fortsetzung von S. 7)

einrichtungen aus Taiwan. Inzwischen wird sie mit der Minderung der Spannungen in diesem Gebiet schrittweise ihre Streitkräfte und Militäreinrichtungen auf Taiwan reduzieren.

Die zwei Seiten waren sich darüber einig, daß es wünschenswert ist, das Verständnis zwischen den zwei Völkern zu erweitern. Zu diesem Zweck diskutierten sie bestimmte Bereiche auf Gebieten wie Wissenschaft, Technik, Kultur, Sport und Zeitungswesen, in denen Kontakte und Austauschprogramme von Volk zu Volk von gegenseitigem Nutzen sein würden. Jede Seite übernimmt es, die weitere Entwicklung solcher Kontakte und Austauschprogramme zu erleichtern.

Beide Seiten betrachten bilateralen Handel als einen weiteren Bereich, aus dem gegenseitiger Nutzen gezogen werden kann, und stellten übereinstimmend fest, daß wirtschaftliche Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens im Interesse der Völker der zwei Länder sind. Sie erklärten sich damit einverstanden, eine fortlaufende Entwicklung des Handels zwischen ihren zwei Ländern zu erleichtern.

zu verhindern. Sie verwischten allenthalben die prinzipielle Kritik und beschönigten die Politik der C.G.T. und der 'K'PF, deren konterrevolutionäres Wesen gerade offenkundig war. Sie verleumdete die Marxisten-Leninisten wegen ihrer Unversöhnlichkeit gegenüber der C.G.T. und der 'K'PF und versuchten sie innerhalb der revolutionären Bewegung zu isolieren. Es zeigt sich also, daß auch in Frankreich der konsequente, unversöhnliche Kampf gegen die Arbeiteraristokratie und die radikale Aufklärung über das Wesen der von ihr beherrschten Organisationen ein wichtiger Prüfstein zur Unterscheidung zwischen wirklich revolutionärer und pseudo-revolutionärer Politik ist.

Es lebe der Kampf der Arbeiterklasse !

Neuerscheinung:

Zur Frage der Sozialdemokratie

M. D. Zebenko

Die reaktionäre Ideologie der Rechtssozialisten im Dienste des amerikanischen Imperialismus

Diese sowjetische Schrift aus dem Jahre 1950 zeigt die Sozialdemokratie als einen Verbündeten der schlimmsten Reaktion.

96 Seiten

DIN A 5

DM 2,50

Die zwei Seiten kamen überein, daß sie durch verschiedene Kanäle in Verbindung bleiben werden, einschließlich der Entsendung eines hochrangigen Vertreters der Vereinigten Staaten nach Peking von Zeit zu Zeit zu konkreten Beratungen zwecks Förderung der Normalisierung der Beziehungen zwischen den zwei Ländern und zu weiterem Meinungsaustausch über Fragen von gemeinsamem Interesse.

Die zwei Seiten brachten die Hoffnung zum Ausdruck, daß die während dieses Besuchs erzielten Erfolge neue Aussichten für die Beziehungen zwischen den zwei Ländern eröffnen würden. Sie glauben, daß die Normalisierung der Beziehungen zwischen den zwei Ländern nicht nur im Interesse des chinesischen und amerikanischen Volkes liegt, sondern auch zur Entspannung in Asien und der übrigen Welt beiträgt.

Präsident Nixon, Mrs. Nixon und die amerikanischen Begleiter brachten ihre Dankbarkeit für die ihnen von der Regierung und dem Volk der Volksrepublik China erwiesene liebenswürdige Gastfreundschaft zum Ausdruck.

28. Februar 1972

Die Machenschaften der IG-Druck sind eine Herausforderung für die Arbeiter der Druckindustrie

Im Verlauf der letzten Lohntarifrunde in der Druckindustrie versuchten die Gewerkschaftsführer der IG-Druck und Papier den Arbeitern weiszumachen, daß nun wieder einmal der Auftakt eines konsequenten Kampfes für die Interessen der Arbeiter gegeben sei, und stellten die Forderung von 10% auf.

Bei der Mitgliederversammlung der IG-Druck kamen von 12 000 organisierten Mitgliedern nur 200, von denen der Großteil aus Funktionären bestand, so daß nur ein kleiner Teil Arbeiter anwesend war. Diese Tatsache nutzten die Gewerkschaftsfunktionäre für den Versuch aus, ein Scheitern der 10%-Forderung im voraus den Arbeitern in die Schuhe zu schieben.

Einige dieser Funktionäre bezeichneten die Arbeiter als unverschämt und nicht bereit, für ihre Interessen zu kämpfen. Das widerspricht aber den Tatsachen, denn in einigen Städten in Westdeutschland wie auch in Westberlin bekundeten die Arbeiter ihre Kampfbereitschaft durch Warnstreiks, die allerdings noch gewisse Hoffnungen in die IG-Druck setzten.

Da für die Gewerkschaftsführer von vornherein klar war, daß sie diese 10% niemals durchsetzen wollten, mußten sie angesichts der aktiven Teilnahme der Arbeiter zu anderen Methoden greifen.

Nachdem sie nach langem Schacher den Tarif auf 7,5% festgesetzt hatten, die durch die 14 Monate Laufzeit praktisch weniger als 6,5% ausmachen, verkündeten sie, daß die Arbeiter "demokratisch" abstimmen dürften, ob sie das Ergebnis annehmen wollten oder nicht. Sie drängten aber gleichzeitig die Arbeiter, daß es doch das Beste für sie sei, das Ergebnis anzunehmen, da bei der jetzigen wirtschaftlichen Lage nicht mehr drin sei und der Streik die Lage nur verschlimmern könne. Sie wollten mit der Mitgliederbefragung aber nur den Anschein von "gewerkschaftlicher Demokratie" erwecken. In Wirklichkeit hat sich schon oft genug gezeigt, daß nichts an dem gesamten DGB demokratisch ist, sondern daß er eine Reihe von bürokratischen Maßnahmen ergreifen kann, um jede Demokratie innerhalb des DGB, jeden eigenständigen Kampf der Arbeiter abzuwürgen.

Andererseits bedienen sich die Gewerkschaftsbonzen der übelsten Tricks und der demagogischsten Phrasen, um ihren Einfluß auf die Arbeiter zu verstärken und sie in ihre Organisation zu locken. Bei der jetzigen Entwicklung der Lage werden sie aber von den Arbeitern immer mehr durchschaut, und es wird für sie immer schwieriger, die Arbeiter unter

Kontrolle zu halten und sie für ihre eigenen kapitalistischen Ziele einzuspannen.

Das Ziel der IG-Druck speziell ist es, ihren Einfluß auf das Pressewesen zu verstärken. Da die Druckindustrie aber keine eigenständige Industrie ist, sondern von der Großindustrie, z.B. Metall und Chemie, abhängig ist, kann die IG-Druck das Pressewesen erst dann unter Kontrolle bekommen, wenn der DGB-Apparat die Großindustrie weitgehend in der Hand hat. Aufgabe der IG-Druck im DGB ist es, für dieses Ziel jetzt Vorarbeit zu leisten.

Welche Lehren sind nun aus der jetzigen Tarifrunde zu ziehen? Es hat sich wiederholt klar gezeigt, daß der DGB wie auch die IG-Druck den Kampf der Arbeiter abwiegeln und systematisch unter ihrer Kontrolle halten wollen, denn die Ziele des DGB stehen in direktem Widerspruch zu den Interessen der Arbeiter. Jeder Arbeiter müßte anhand dieser Tatsachen sehen, daß es kein Miteinander und keine Perspektiven mehr innerhalb des DGB für ihn gibt.

Die Arbeiter haben ihre Kampfbereitschaft bewiesen. Es müssen nun die Voraussetzungen für einen eigenständigen, unversöhnlichen Kampf geschaffen werden. In erster Linie muß dafür eine Trennungslinie zwischen den Arbeitern und dem DGB gezogen werden. Die Arbeiter müssen sich auf die eigene Kraft besinnen. In der jetzigen Situation wäre der Aufbau und der organisierte Kampf der Arbeiter in eigenen Kampfkomitees das wirksamste Mittel, für ihre Interessen zu kämpfen, und würde bei einem konsequenten Vorgehen gegen die Machenschaften des DGB und die Spalter in den eigenen Reihen der Arbeiter zum Erfolg führen.

DIE REVOLUTIONÄRE STIMME

Herausgeber:

Kommunistische Partei Deutschlands
Marxisten-Leninisten (NEUE EINHEIT)

Presserechtlich verantwortlich:

Klaus Sender

Redaktionsadresse:

Verlag Neue Einheit

1 Berlin 30, Zietenstr. 22

Telefon: 0311/216 23 57

(Montag bis Freitag 18 - 20 h)

Eigendruck im Selbstverlag